

Z 7/1087

08. MRZ. 2021

THÜR. LANDTAG POST
08.03.2021 07:06

600412021

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -											
1.	<p>Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p> <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p> <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Becker</td> <td>Tilman</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>Schwarzstr. 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>70599 St. Hyarlt</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Becker	Tilman	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	Schwarzstr. 44	Postleitzahl, Ort	70599 St. Hyarlt
Name	Vorname										
Becker	Tilman										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	Schwarzstr. 44										
Postleitzahl, Ort	70599 St. Hyarlt										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Geschäftsführender Leiter Forschungsstelle Glücksspiel	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Siehe Anlage	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Stuttgart, 5. 3. 2021	



UNIVERSITÄT
HOHENHEIM

Universität Hohenheim (502) | 70599 Stuttgart

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Forschungsstelle Glücksspiel (502)

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss

Jürgen-Fuchs-Strasse 1
99096 Erfurt

Per E-Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Kernaussagen des schriftlichen Beitrags

Die folgenden Forderungen in Bezug auf den Glücksspielstaatsvertrag werden erhoben und ausführlich begründet:

- Ermächtigung der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder, um Rechtsverordnungen zu erlassen.
- Änderung des Rennwett- und Lotteriegesetzes, um einen Steuertatbestand für illegale Glücksspielangebote im Internet zu schaffen.
- Änderung des Strafgesetzbuches, um auch strafrechtlich gegen illegale Online-Anbieter vorgehen zu können.
- Eine Differenzierung der Vorgaben für die erlaubte Werbung im Rahmen einer Werberichtlinie ist sinnvoll und sollte beibehalten werden. Ein weitgehendes Werbeverbot für die bisher nicht erlaubten Angebote wäre anzustreben. Die Vorgaben für Werbung sollten dem jeweiligen Gefährdungspotential angemessen sein.
- Mit der Einführung der Erlaubnisfähigkeit für das virtuelle Automatenspiels im Internet sollten nicht zugleich die Anforderungen an die Erlaubnisfähigkeit der Lotterien mit geringerem Gefährdungspotential im Internet deutlich erhöht werden. Die Maßnahmen zum Jugend- und Spielerschutz sollten dem jeweiligen Gefährdungspotential angemessen sein.
- Die Einführung einer Limitdatei und einer Aktivitätsdatei werden erhebliche technische und rechtliche Probleme mit sich bringen. Hier stellt sich die Frage, ob die zu schaffende Gemeinsame Glücksspielaufsichtsbehörde nicht gerade in den ersten Jahren die Ressourcen sinnvoller einsetzen könnte, zum Beispiel in dem Vollzug der bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben, der Überwachung des Marktes und dem Vorgehen gegen illegale Angebote.
- Die wissenschaftliche Glücksspielforschung sollte mit einem Anteil an den Glücksspieleinnahmen bedacht werden, um zu einer evidenzbasierten Regulierung beizutragen.

In Bezug auf das Ausführungsgesetz werden die folgenden Forderungen erhoben:

1 | 2

UNIVERSITÄT HOHENHEIM
Forschungsstelle Glücksspiel (502)
Schwerzstraße 46
70599 Stuttgart
gluecksspiel.uni-hohenheim.de

ANFAHRT
Stadtbahn
U3, Pfleningen (Universität Hohenheim)
Bus
65, 70, 73, 74, 76



- Die Unterscheidung zwischen Wettannahmestellen und Wettbüro erfolgt in dem Entwurf entlang der Grenzziehung zwischen Wettvermittlung im Haupterwerb oder im Nebenerwerb. So wird gerechtfertigt, dass die Mindestabstandsregel für die Wettvermittlung an private Anbieter gelten soll, nicht aber für den staatlichen Anbieter. Kohärent wäre eine Unterscheidung zwischen Wettbüro und Wettannahmestelle auch im Glücksspielrecht (wie im Baurecht).
- Die Durchführung von Vereinslotterien im Internet ist praktisch verboten. Es ist kaum vorstellbar, dass ein Verein für eine Lotterie extra eine Schnittstelle zur Schufa einrichten kann, um die Anforderungen an den Jugendschutz bei dem Angebot von Glücksspiel im Internet zu erfüllen. Hier besteht gesetzgeberischer Anpassungsbedarf. Es sind zwei Lösungsansätze denkbar. Entweder wird die Durchführung dieser Lotterie so vereinfacht, dass diese auch von Vereinen durchgeführt werden kann, oder es wird explizit erlaubt, dass diese Lotterien auch von Dritten durchgeführt werden. An die Veranstaltung und Vermittlung von kleinen Lotterien im Internet könnten die folgenden Nebenbestimmungen Eingang finden.
 1. die Veranstaltung beschränkt sich auf das Gebiet von Thüringen (zu überprüfen an Hand der Adresse),
 2. der Losverkauf darf die Dauer von einem Monat nicht überschreiten,
 3. die Summe der für den Erwerb aller Lose zu entrichtenden Entgelte dürfen den Betrag von 20 000 Euro nicht übersteigt,
 4. der Reinertrag wird ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke verwandt und
 5. der Reinertrag und die Gewinnsumme betragen jeweils mindestens 25 Prozent der Entgelte,
 6. Jugendliche sind von der Spielteilnahme ausgeschlossen (Gewinne dürfen nur nach Vorlage des Personalausweises oder vergleichbarer Dokumente z.B. per Video ausgezahlt werden).Unter diesen Bedingungen wird auch der Jugendschutz sichergestellt. Diese Bedingungen für allgemein erlaubte kleine Lotterien im Internet könnten bereits in das Thüringer Glücksspielgesetz aufgenommen werden oder die Allgemeine Erlaubnis für die Veranstaltung öffentlicher Lotterien und Ausspielungen im Freistaat Thüringen vom 22. Dezember 2017 wäre dementsprechend zu überarbeiten.
- Generell wäre zu überlegen, ob nicht die Schaffung bzw. Konzentration der glücksspielrechtlichen Aufgaben in einer landesweiten Aufsichtsbehörde für das Bundesland Thüringen sinnvoll sein könnte, wie es bereits in Rheinland-Pfalz der Fall ist und in Baden-Württemberg diskutiert wird.
- In dem Thüringer Glücksspielgesetz ist in Artikel 9 vorgesehen, dass der Landessportbund Thüringen e.V., die LIGA der freien Wohlfahrtspflege, die Stiftung Naturschutz Thüringen sowie der Landesverband Thüringen der Gartenfreunde e.V. mit festgelegten Prozentangaben bei der Verwendung der Erträge und Konzessionsabgaben berücksichtigt werden. Es sollten auch eine feste Summe bzw. festgelegte Anteile für die Glücksspielforschung vorgesehen werden. Dabei wäre zwischen einer Grundfinanzierung und einer Projektfinanzierung zu unterscheiden. Insgesamt sollte 1 Prozent der Einnahmen eines Landes für die Glücksspielforschung aufgewendet werden, wobei die Hälfte für eine Grundfinanzierung einer Professur für Glücksspiel und die andere Hälfte für Projekte aufgewendet werden könnten.